

Jens Gieseke

Die deutschen Tschekisten – ideologische Kampfelite oder „ganz normale“ Täter?

Rückfragen zum Berufsverständnis der hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit

Vortrag beim Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin, 29.3.2017

Als ich vor etwa einem halben Jahr die Anfrage des Landesbeauftragten für die heutige Veranstaltung bekam, fragte ich zurück, was denn heute, fast dreißig Jahre nach dem Ende des Ministeriums für Staatssicherheit, noch interessant sein könnte am Thema „Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit“. Ich hatte eher den Eindruck, dass das öffentliche Urteil über diese Personengruppe klar, die Dringlichkeit, über sie zu sprechen aber eher gering war. Das Insiderkomitee, das lange Jahre die Ehre der Stasi-Offiziere hoch hielt, ist praktisch nur noch durch die Altbestände seiner Website existent, das Bundesverfassungsgericht hat gerade die letzte Klage von MfS-Mitarbeitern gegen ihre Rentenkürzungen abgewiesen. Und wenn wir kritisch über die öffentliche Stasi-Debatte sprechen wollen, dann wäre sicher viel dringender über die Wiederholungsschleifen und Denkblockaden in der Behandlung der so genannten „Inoffiziellen Mitarbeiter“ nachzudenken.

Wenige Tage danach ernannte der regierende Bürgermeister von Berlin den ehemaligen MfS-Mitarbeiter Andrej Holm zum Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen. Die dann losbrechende Debatte sorgte zumindest für ein aufflammendes Interesse am MfS-Personal (wie weit dieses Interesse reicht, kann man sicher diskutieren), und sie hat deutlich gemacht, dass es eine sehr unkluge Entscheidung des Senats war, in seiner Koalitionsvereinbarung einfach so zu tun, als gäbe es die Vergangenheit der SED-Diktatur in der geteilten Stadt nicht.

Zumindest hat der Fall Holm also daran erinnert, dass die ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS noch immer unter uns sind. Es ist schon deshalb interessant, der Frage nachzugehen, wo unser Bild von den hauptamtlichen Mitarbeitern heute steht. Und gibt auch jenseits von Holm gute Gründe, diese Debatte jetzt zu führen, weil mittlerweile zwei Bücher vorliegen, die etwas geschafft haben, was in der bisherigen Forschung, auch meiner eigenen, ein entscheidendes Defizit war: sie haben nämlich über die Analyse von Stasi-Akten hinaus intensiv Interviews geführt: im Falle von Uwe Krähnke und seinem Team über 70 Gespräche mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern, und im Falle von Ruth Hoffmann vor allem Gespräche mit den Söhnen und Töchtern aus Familien von MfS-Mitarbeitern. Bevor wir ins Gespräch über

die Befunde dieser Studien kommen, möchte ich vor dem Hintergrund dessen, was wir in der Geschichtswissenschaft die „Täterforschung“ zu den Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts nennen, unsere eher aktengestützten Erkenntnisstände an einigen Punkten kritisch beleuchten.

Also zunächst zu einigen Grundtatbeständen in Sachen Hauptamtliche Mitarbeiter:

Erstens: Die wichtigste normative Klammer für alle hauptamtlichen Mitarbeiter war zweifellos der gemeinsame politische Auftrag, die Existenz der DDR als kommunistischen Staat und die Parteiherrschaft der SED mit den Mitteln der polizeilichen Gewaltexekutive und der geheimdienstlichen Durchdringung durchzusetzen und zu garantieren. Dieser Auftrag wurde schon bei der Anbahnung einer Einstellung klar vermittelt und etwa durch den Wortlaut der Verpflichtungserklärung beim Dienstantritt unmissverständlich an erste Stelle gesetzt.

Herrschaftssystematisch waren sie damit der SED-Führung gleichsam als bewaffneter Arm des Parteiapparates unmittelbar nachgeordnet. (Und ich muss jetzt hier die Frage überspringen, wieso eigentlich der hauptamtliche Parteiapparat der SED selbst so wenig Aufmerksamkeit als ebenso verantwortliche Tätergruppe erlangt hat.)

Die Betonung des gemeinsamen Auftrags als einendes Band aller Mitarbeiter war nicht zuletzt deshalb wichtig, weil das MfS über die Jahre und Jahrzehnte zu einem hochgradig zentralisierten, weitverzweigten und damit arbeitsteiligen Apparat ausgebaut wurde. So unterschiedliche Aufgaben es im Apparat also gab, waren sie doch durch den gemeinsamen Zweck und vielfältige Formen der Kooperation miteinander verbunden.

Damit ging ein halb offizielles, halb informelles Selbstverständnis als Elite einher, oder um es in der Sprache der SED zu sagen, als Avantgarde im Dienste der „Diktatur des Proletariats“: Wilhelm Zaisser, der erste Minister für Staatssicherheit, erwähnte deshalb völlig zutreffend in seiner Selbstkritik nach dem Juniaufstand 1953, dass sich seine Mitarbeiter als „Genossen erster Kategorie“ fühlen würden.

Die Personalauswahl für den geheimen Apparat erfolgte in diesem Sinne nach strengen Regeln: Die Initiative musste von der Staatssicherheit ausgehen. Wer sich selbst bewarb wurde verdächtigt, ein feindlicher Spion zu sein. Politische Linientreue und die geheimdienstliche Abschottung durch das Verbot von Westkontakten waren die wichtigsten, phasenweise die einzigen Einstellungskriterien.

An der Spitze des Apparates stand seit seiner Gründung 1950 ein harter Kern von kommunistischen Untergrundkadern. Bei der Nachwuchssuche verließ sich die Stasi in erster Linie auf ihr näheres soziales und politisches Umfeld: In den fünfziger Jahren kamen viele

junge Mitarbeiter aus „Arbeiter“-familien (oder was die SED dazu erklärte) über die Volkspolizei oder SED- und FDJ-Funktionen zur Staatssicherheit. Seit den sechziger und siebziger Jahren trat an die Stelle dieses Aufstiegskanals immer stärker die Selbstrekrutierung, d.h. es kamen viel seltener die sprichwörtlichen Arbeiter in den Dienst der Geheimpolizei, sondern Jungen (und selten auch Mädchen) aus dem, was die Soziologen die „sozialistische Dienstklasse“ nennen, genauer gesagt: vor allem aus Familien von Soldaten, Polizisten, Parteifunktionären sowie seltener aus dem zivilen Staats- und Wirtschaftsapparat. Und natürlich aus MfS-Elternhäusern selbst. Um hier nur eine Zahl zu nennen: Etwa fünfzig Prozent der MfS-Mitarbeiter verfügten in den achtziger Jahren über Verwandte innerhalb des MfS-Apparates.

Und zum Selbstverständnis gehörte es schließlich auch, dass Frauen in dieser Elite zwar als Hüterinnen des häuslichen „Hinterlands“ und in den rückwärtigen Dienstzweigen gefragt waren, nicht aber in Kernbereichen des operativen Geschäfts wie der Führung von Informanten oder des Verhörs von Gefangenen. Die Bezahlung der MfS-Mitarbeiter folgte ebenfalls dem hohen Rang in der offiziellen Statushierarchie und war auch im Vergleich zu den anderen bewaffneten Organen weit überdurchschnittlich; besondere Einkaufsmöglichkeiten und weitere Privilegien kamen hinzu.

Intern standen die Mitarbeiter unter den Anforderungen einer bewussten lebenslänglichen Bindung unter den Regeln militärischer Unterordnung, die den sonst bei Polizeien und Nachrichtendiensten eher üblichen Beamtenstatus ersetzten und disziplinarisch verschärften. Ein Ausstieg war nur ausnahmsweise möglich und hob diese Bindung nicht auf. „Verrätern“, die Kontakte zum Westen suchten, drohte die Todesstrafe. 1981 wurde bekanntermaßen der letzte MfS-Mitarbeiter, Werner Teske, wegen versuchter Spionage hingerichtet.

Für dieses sehr eigene Berufsverständnis gab es auch einen ideologischen Überbau, nämlich das Leitbild des „Tschekestens“, also die mythologische Berufung auf die angebliche revolutionäre Reinheit und Schärfe der kommunistischen Geheimpolizei und ihres Ahnherren Feliks Dzierzynski seit 1917. Darin vermischten die MfS-Ideologen die weltanschaulichen Grundauffassungen des Marxismus-Leninismus mit Eigenschaften wie Härte und die Fähigkeit zum angewandten Klassenhass.

Es wäre ein interessantes Unterfangen, eine Geschichte der Wandlungen dieses „Tschekestens“ zu schreiben. Dazu würde z.B. gehören, dass Erich Mielke den Terminus „deutsche Tschekestens“ erstmals öffentlich 1967 benutzte, was die sowjetische KGB-Führung übrigens offenbar als Anmaßung empfand und sich nicht zu eigen machte. Für heute möchte ich mich darauf beschränken, dass diese Ideologie offenkundig auch eine Funktion als

Gegengewicht zum gänzlich unrevolutionären und ziemlich unromantischen Dienstalltag der siebziger und achtziger Jahre hatte.

Und damit bin ich dann auch schon bei der zentralen Frage, die sich mir mit Blick auf dieses so zu skizzierende Bild auf in Hinblick auf meine eigenen Befunde mittlerweile stellt. Mich hat nämlich in den letzten Jahren immer stärker das Gefühl beschlichen, dass wir mit diesem Bild einer kommunistischen Kampfelite zwar gar ganz gut beschreiben können, wie die hauptamtlichen Mitarbeiter sein *sollten*, nicht aber unbedingt, wie sie tatsächlich *waren*. Befeuert werden diese Zweifel durch die Befunde der neueren Täter- und Gewaltforschung sowohl zum Nationalsozialismus als auch zum sowjetischen Stalinismus, sowie einige Ergebnisse der Polizeisozioologie. So ist es ja mittlerweile klar, dass die Rolle von „Überzeugungstätern“ und von politischen Ideologien für die Massengewalt der Regime des 20. Jahrhunderts bestenfalls ein Faktor unter mehreren waren, und das z.B. Gruppendruck, der Blick auf persönliche Vorteile oder die situative Dynamik von Gewaltexzessen durchaus ebenso wichtig sein konnten. Ich will dieses Parallelen nicht zu weit treiben, da wir es hier nicht mit Massenmördern zu tun haben. Aber diese Forschungen bieten die Möglichkeit, mit einem anderen Blick auf das Innenleben des MfS-Apparates zu schauen.

Welche Rolle spielten die politischen Elemente dieser offizielle Ideologie im Alltagsverständnis der Mitarbeiter?

War die politische Mission tatsächlich so wichtig, wie sie in den Sonntagsreden Mielkes und seiner Generäle gemacht wurden, und wie wir sie heute ebenfalls machen? Könnte man sich nicht auch vorstellen, dass die Vernehmer beim westberliner Staatsschutz, und die Gefängniswärter in der Justizvollzugsanstalt Tegel ihren Dienst tun würden und daraus genauso viel berufliche Zufriedenheit bezogen hätten, wenn die Demarkationslinien 1945 ein paar Kilometer anders gezogen worden wären?

Handelte es sich nicht einfach um autoritäre Charaktere, die Freude an den Maximen des Polizistenberufs hatten? Sind sie nicht erst nach 1989 in die politische Identifikation mit dem DDR-Kommunismus zurück gedrängt worden, weil man den meisten von ihnen die Übernahme in den bundesdeutschen Polizeidienst verweigert hat?

Die Fragen klingen etwas absurd, aber ich möchte zumindest einige Indizien nennen, die in diese Richtung weisen:

Erstens: Genauere Analysen zeigen, dass in den fünfziger Jahren die personelle Zusammensetzung des MfS von dem Bild einer politischen Elite weit entfernt war. Zweifellos kamen die meisten Mitarbeiter aus unterprivilegierten sozialen Verhältnissen und ergriffen die

ihnen gebotene Chance zum sozialen und materiellen Aufstieg, aber nur eine Minderheit stammte tatsächlich aus einem „klassenbewussten“ proletarischen Hintergrund. Über eine politische Ausbildung verfügten die wenigsten, und diese spielte in den frühen Jahren auch keine Rolle, sofern sich die Mitarbeiter als zupackend und effektiv im Sinne der Machtdurchsetzung erwiesen. Da dies keineswegs für alle galt, musste etwa ein Drittel der Mitarbeiter in den fünfziger Jahren den Dienst wieder quittieren, über 400 von ihnen suchten bis 1961 ihr Glück im Westen. Nicht wenige waren wenige Jahre zuvor noch Hitlerjungen, etwa fünf Prozent sogar Mitglied der NSDAP gewesen. Zahlreiche Geschichten über Alkoholismus, Missbrauch der dienstlichen Machtbefugnisse und allgemeine Überforderung trübten das Bild des Aufbaus einer parteitreuen Elitetruppe.

Zweitens: In den späteren Jahrzehnten konsolidierte das MfS seinen Personalbestand zwar und erhob erfolgreich die vorhin genannten zwei Kriterien zu den Einstellungsmaßstäben, nämlich das Verbot von Westkontakten und die häufig durch familiäre Hintergründe bestätigte politische Linientreue.

Man kann den Trend zur Rekrutierung aus den eigenen Reihen allerdings auch umgekehrt lesen: für den jungen Mann, der Anfang der achtziger Jahre aus einer Funktionärs- oder Offiziersfamilie ins MfS kam, war diese ganze politische Aufladung völlig selbstverständlich, aber möglicherweise auch für sein praktisches Berufsverständnis von wenig Belang. Er hatte die Kampfzeiten des Nationalsozialismus und den kalten Bürgerkrieg der fünfziger Jahre nicht selbst erlebt. Und er war möglicherweise viel mehr interessiert daran, sich als Vernehmer oder Agentenführer zu bewähren oder den Status und die gute Bezahlung zu genießen.

Und um hier nur kurz ein drittes Indiz zu nennen: Zumindest bei der Minderheit von ehemaligen MfS-Hauptamtlichen, die nach 1989 in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik treten konnten, spielte der Kern kommunistischer Ideologie des Tschekismus zumindest dann offenbar keine große Rolle. Dies waren immerhin, um ein Beispiel zu nennen, rund 1.500 MfS-Offiziere, die in den Polizeidienst des Bundes und der Länder übernommen wurden. Sei es als Leibwächter des sächsischen Ministerpräsidenten, als Passkontrolleure an der deutsch-polnischen Grenze, oder beim Staatsschutzdezernat des brandenburgischen Landeskriminalamtes, oder als Empfangspersonal bei der Stasi-Unterlagen-Behörde – sie alle hatten offenbar keine Schwierigkeiten damit, nun dem einst verhassten „imperialistischen“ Staatswesen zu dienen. Vielleicht war es nur Anpassung, aber ich erkenne auch Signale eines Selbstverständnisses, das vor allem auf die eigene Professionalität als Staatsschützer und die berufstypischen Sekundärtugenden abhob. Damit

kamen sie übrigens bei westdeutschen und westberliner Berufskollegen und Dienstherren durchaus gut an, die ihre Loyalität schätzten und ihnen etwa in der Gewerkschaft der Polizei oder im Beamtenbund eine neue Heimat boten.

Und nicht zuletzt muss ich daran erinnern, dass die Bruderorgane in den anderen Ostblockstaaten relativ unabhängig von ihrer politischen Entwicklung hohe Kontinuitäten in den Sicherheitsorganen erkennen lassen, natürlich mit Russland an der Spitze, dass sich heute fest in der Hand ehemaliger KGB-Offiziere befindet und den „Tschekismus“ als nun großrussische Ideologie zu einem zweiten Leben verholpen hat.

All dies zusammengenommen sind meines Erachtens starke Hinweise, dass die Rolle der Ideologie immer wieder zu hinterfragen und zu relativieren ist, wenn man den Kern des MfS-Berufsverständnisses charakterisieren will.

Der Blick zurück – warum MfS-Mitarbeiter über alles sprechen, nur nicht über ihren Taten

Lassen Sie mich zu einem zweiten Punkt kommen, der in der Debatte um die hauptamtlichen Mitarbeiter immer wieder aufflammt und der auch in den Interviews, die Ruth Hoffmann sowie das Team um Uwe Krähnke durchgeführt haben, immer wieder eine Rolle spielte: wie geschlossen oder offen war eigentlich die Lebenswelt der MfS-Mitarbeiter? Ich selbst war einmal so leichtsinnig zu formulieren, dass die MfS-Mitarbeiter stärker als jede andere Gruppe vom MfS selbst überwacht wurden und in einer Käseglockenatmosphäre gelebt hätten. Dies konnte förmliche interne Kontrollmaßnahmen betreffen, aber auch die informelle soziale Kontrolle unter Nachbarn und Bekannten, die sich im Dienst und im Privatleben gegenseitig auf die Finger schauten. Und tatsächlich wohnten wohl zumindest in den einschlägigen Berliner Bezirken viele MfS-Mitarbeiter auf einem Haufen. Über all das werden wir vermutlich gleich noch ausführlicher sprechen.

Ich halte es jedoch für eine völlig falsche Vorstellung, dass die MfS-Mitarbeiter keinen Kontakt mit der Außenwelt hatten. Das genaue Gegenteil ist richtig. Es liegt ja im Wesen jeder Polizei, und auch jeder politischen Polizei, dass sie in einer intensiven Austauschbeziehung mit dem „Publikum“ stand (wie das die Polizeiwissenschaft nennt). Der Geheimpolizist war nicht abgeschottet. Er konnte nicht am Abendbrottisch über seine heutige Vernehmung eines Untersuchungshäftlings sprechen, aber er traf täglich inoffizielle Mitarbeiter, suchte das Gespräch mit Kaderleitern und Schuldirektoren, horchte Nachbarn über Ausreisantragsteller aus, befragte Reisende oder tippte Telefonmitschnitte ab. Sie mussten an dieser Stelle tagtäglich einen Abgleich nehmen zwischen den Maßgaben der

Feindbildpflege des MfS und ihren Begegnungen mit konkreten Realitäten und auf der Grundlage dieses Abgleichs Entscheidungen über das Schicksal von Menschen treffen, ob sie in den Westen fahren durften oder zu verhaften wären.

Selbst wenn die MfS-Mitarbeiter in einem noch so abgeschotteten Wohnblock in Hohenschönhausen wohnten und alle ihre Freunde und Verwandten beim MfS tätig waren, so blieb doch dieser Kontakt zur Außenwelt der eigentliche Kern und Zweck ihrer Tätigkeit.

Wenn man also als Historiker der Frage nachgeht, ob und warum die MfS-Mitarbeiter ihren Beruf gerne oder ungerne, gut oder schlecht ausübten, dann ist dieses das entscheidende Feld. Unglücklicherweise ist aber genau dieses Feld ungemein viel schwieriger zu erforschen, als etwa die einschlägigen Dienstvorschriften nachzuerzählen. Die Stasi-Akten selbst geben zu dieser Frage nur sehr begrenzt Auskunft, weil sie als polizeibürokratische Überlieferung überwiegend normativ vorgestanzte Schablonensätze liefern. Dies gilt für die Personalakten sowieso, aber auch für den größten Teil der Arbeitsakten des MfS.

Unglücklicherweise erweist sich allerdings die Erwartung, diese Übermacht der Aktenberge und ihrer Narrative mit Hilfe von retrospektiven Interviews ausgleichen zu können, wie jetzt die Erfahrungen der Kollegen zeigen, als ziemlich trügerisch. Die meisten MfS-Mitarbeiter sind ohnehin nicht bereit, über ihre Vergangenheit zu sprechen, Und die wenigen die es tun, geben über vieles durchaus informativ und erhellend Auskunft, über ihre Vorerwartungen bei der Einstellung, über ihre Wahrnehmung der politischen Großwetterlage, über die gegenseitige soziale Kontrolle oder die kollegiale Atmosphäre im Kollektiv ihrer Kreisdienststelle, ja sogar über die anstrengende Aufgabe, ein Vernehmungsprotokoll zu schreiben und beim Vorgesetzten zu verteidigen, aber eben nicht über ihren inneren Blick auf die Vernehmung eines Gefangenen selbst und die Entscheidung, ihm eine Schachtel Zigaretten anzubieten oder ihn eine Woche in der Zelle schmoren zu lassen.

Der Grund für diesen blinden Fleck liegt auf der Hand: Äußerungen darüber passen einfach nicht mit den heutigen Erzählstrategien zusammen und würden zu dem wunden Punkt führen, dass man damals genau jene Tätigkeiten und Entscheidungen für legitim hielt, die heute ziemlich einhellig als illegitim und verwerflich gelten.

Eine der wenigen retrospektiven Quellen, die dazu doch etwas hergeben, ist übrigens der Film „Alltag einer Behörde“ von Jan Lorenzen und Christian Klemke, in dem sich einige Generäle und Obristen in den mehrstündigen Interviews in die vergangene moralische Welt zurücktragen ließen und anfangen, Kostproben ihrer Begeisterung für die „Feinheiten der operativen Arbeit“ zu geben.

Aber ansonsten werden wir Historiker unsere quellenkundliche Phantasie noch etwas spielen lassen müssen, um uns diesem Kern der Analyse der hauptamtlichen Mitarbeiter und ihrer Handlungsantriebe als Akteure – oder auch: als Täter – anzunähern. Vielleicht entdecken wir noch irgendwo auf einem Dachboden eine Kiste voll Tagebücher, oder ein paar Tonbänder von Kantinengesprächen, die es uns ermöglichen, noch einmal einzutauchen in das, was die Polizeisozio­logie die „Cop culture“, also die Alltagskultur der Verfolgungs- und Überwachungsarbeit nennt. Ich fände es spannend, und kann insofern nur sagen: die Forschung geht weiter.